

Guter Strafvollzug misst sich an erfolgreicher Resozialisierung

Strafvollzugskommission des Landtags informierte sich über den Frauenstrafvollzug

Seit April 2001 ist die Justizvollzugsanstalt (JVA) Chemnitz in Sachsen auch für den Strafvollzug von Frauen aus Thüringen zuständig. Derzeit befinden sich 80 strafgefängene Frauen aus Thüringen in Chemnitz, darunter neun in Untersuchungshaft, 63 Gefangene mit Haftstrafen und acht mit Jugendstrafen.

Um sich über die Haftbedingungen und Angebote zur Resozialisierung und Therapie zu informieren, besuchte die Strafvollzugskommission des Thüringer Landtags die JVA Chemnitz. Sie ist die zentrale Frauenvollzugsanstalt der Freistaaten Sachsen und Thüringen. Thüringen selbst besitzt keine eigene Justizvollzugsanstalt.

In Chemnitz gibt es 246 Haftplätze, fünf davon für den offenen Vollzug für Mütter mit Kindern. Hinzu kommen 14 Plätze in der Jugendarrestabteilung. Ende Mai war die JVA mit 287 Inhaftierten überbelegt, was zu einem Rückgang der hier eigentlich vorgesehenen Einzelunterbringung der Gefangenen geführt hat.

Vor allem Drogendelikte

Die Gefangenen werden von 170 Bediensteten betreut. Hinzu kommen externe Helfer und Berater, deren Spezialisierung sich an den spezifischen Haftgründen der Frauen ausrichtet. Über zwei Drittel der Gefangenen verbüßen in Chemnitz mehrmonatige Haftstrafen wegen Verstößen gegen

das Betäubungsmittelgesetz. Das größte Problem ist die Abhängigkeit von chemischen Drogen und die damit verbundene Beschaffungskriminalität, hier vor allen Dingen Chrystal Meth mit seiner hohen Zerstörungskraft und einem extremen Suchtpotential. Die hieraus entstehenden Probleme sowohl zu Beginn der Haft (kalter Entzug) als auch der dann anhaltende Druck der Gefangenen zur Beschaffung von Drogen selbst im Gefängnis bestimmen den Alltag in der JVA mit.

Suchttherapie notwendig

Immer wieder müssen die inhaftierten Frauen nach Freigängen auf Drogen kontrolliert werden, können Besuche von Angehörigen nur unter erhöhter Kontrolle durchgeführt werden. Dem gegenüber steht zwar eine mögliche medizinische Behandlung der Entzugsscheinungen in der JVA, aber eine nur externe und sehr kleine Suchtberatung, die die Gefangenen aus dem Kreislauf von Sucht und damit verbundener Kriminalität führen soll. Eine Therapie während des Strafvollzugs findet darüber hinaus nicht statt.

Karola Stange, Sprecherin für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Mitglied der Strafvollzugskommission, kritisiert dies. „Wenn wir Suchttherapie als einen wichtigen Punkt zu einer erfolgreichen Resozialisierung ernst nehmen, dann muss sie integraler Bestandteil der Maßnahmen im Vollzug werden. Dies ist wichtig, da-

mit es nach der Entlassung nicht zum leider oft erlebten Rückfall in die Spirale von Sucht und Kriminalität kommt.“ Die Abgeordnete sieht hier dringenden Korrekturbedarf in den individuellen Vollzugsplanungen in Chemnitz.

Hilfe nach der Haftentlassung

Denn insgesamt bietet die JVA Chemnitz mit einer guten Unterbringungssituation und einer breiten Infrastruktur für Angebote in den Bereichen Bildung und Ausbildung, Sozial- und Kunsttherapie sowie der Zusammenarbeit mit externen Anbietern gute Grundbedingungen für ein gutes Übergangsmanagement mit dem Ziel erfolgreicher und nachhaltiger Resozialisierung nach der Haftentlassung. Doch diese Angebote beschränken sich auf Sachsen, das gilt auch für ein derzeit laufendes Pilotprojekt zum Übergangsmanagement.

Die Anstaltsleitung regte anlässlich des Besuches der Strafvollzugskommission an, solche Projekte zukünftig auch in Thüringen zu verankern über entsprechende Kooperationsnetzwerke mit den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege aber auch den Thüringer Arbeitsagenturen. Karola Stange möchte diese Bestrebungen aufgreifen: „Das für Thüringen entstehende Konzept für ein professionelles Übergangsmanagement für Strafgefängene und Haftentlassene in Thüringen (PÜ-MaS) muss auch für den Frauenstrafvollzug in Chemnitz gelten.“

Jens Schley

Stärkere Marktwächter und bessere Verbraucherberatung

Diana Skibbe, verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, fordert jetzt eine Stärkung der Marktwächterfunktionen für die Thüringer Verbraucherzentrale und eine Ausweitung des Beratungsstellen-netzwerkes.

Die Halbjahresbilanz 2016 der Thüringer Verbraucherzentrale zeigt einen gestiegenen Beratungs- und Informationsbedarf in Thüringen. In den ersten sechs Monaten des Jahres gaben die Mitarbeiter der Verbraucherzentrale 10.000 Auskünfte und 3.000 weitergehende Beratungen. Damit wurden die Zahlen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bereits deutlich überschritten. Schwerpunkt sind Fragen und Beratungen im Bereich Online-Einkäufe und Finanzdienstleistungen, sie machen fast zwei Drittel der Anfragen und Beschwerden Thüringer Bürger aus.

Diana Skibbe freut sich, dass die Verbraucherzentrale Thüringen den gestiegenen Beratungsbedarf leisten kann: „Dies zeigt, dass die bessere Förderung der Thüringer Verbraucherzentrale seit 2015 unter Rot-Rot-Grün



formieren und in ihren Rechten zu stärken.“

Zwei Bereiche sieht die Landtagsabgeordnete hier als vordringlich an: „Die Thüringer Verbraucherzentrale gehört bisher nicht zu den bundesweit aktiven Schwerpunktzentralen im Bereich der Marktwächter. Hier sind wir nur Zulieferer und zu wenig Akteur. Im Rahmen der anstehenden Evaluationen der bestehenden Marktwächterprogramme Digitales und Finanzdienstleistungen werden wir prüfen, wie sich Thüringen hier besser einbringen kann.“

Gleiches gilt für den geplanten neuen Schwerpunkt Energiemarktwächter.

Früchte trägt. Trotzdem müssen wir an der in der Koalition vereinbarten Stärkung der Verbraucherzentralen weiterarbeiten, um die Verbraucher in Thüringen besser zu in-

formieren und in ihren Rechten zu stärken.“

Besonders in Süd- und Südostthüringen gibt es hier zu viele weiße Flecken. Beratung vor Ort ist und bleibt wichtig. Ziel wird es daher sein, die Zahl der dezentralen Beratungsstellen zu erhöhen“, so die Verbraucher-Politikerin.

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Keinerlei Bedeutung

Eine „positive Zwischenbilanz der Thüringer Arbeitsmarktpolitik“ zog unlängst zu Recht die zuständige Ministerin Heike Werner (DIE LINKE). Die Integrationsprojekte für am Arbeitsmarkt benachteiligte Personengruppen (insbesondere Menschen mit Behinderungen, gering Qualifizierte sowie geflüchtete Menschen), gefördert aus dem „Landesprogramm Arbeit für Thüringen“, sowie für Langzeitarbeitslose, finanziert aus dem neuen Programm „Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit“, erfreuen sich hoher Nachfrage, so die Ministerin. Arbeitsmarktpolitik gewinnt bei Rot-Rot-Grün endlich die notwendige Bedeutung.

Wenig Raum also für Kritik der Opposition? Sagen wir: wenig Raum für sachliche Kritik. Mit Sachpolitik hat die größte Oppositionsfraktion, die CDU, ja ohnehin ihre Schwierigkeiten. So konnte die CDU-Abgeordnete Elke Holzapfel denn auch nicht viel mehr bieten, als über „die sogenannte Arbeitsmarktpolitik der Thüringer Linkskoalition“ zu schwadronieren und Allgemeinplätze im Stile des für den „ersten Arbeitsmarkt fit“ machen zu verbreiten. Was waren das noch für selige Zeiten, als CDU-Wirtschaftsminister in Thüringen im Rahmen ihrer sogenannten Arbeitsmarktpolitik das Loblied des Niedriglohnssektors als Allheilmittel singen konnten! Merkwürdig auch: Holzapfel, Alterspräsidentin des 6. Thüringer Landtags, wettet dagegen, „dass das Land für Langzeitarbeitslose vom 55. Lebensjahr an mit öffentlich bezahlter Gemeinwohlarbeit den Übergang in die Rente organisiert“.

Auch wenn Witze über die Namen von Opponenten etwas anrühlich sind, soll diesmal aus gutem Grund eine Ausnahme gemacht werden: „Seit der Verbreitung des Kulturapfels hat der Holzapfel keinerlei wirtschaftliche Bedeutung mehr“ (Wikipedia).

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.